

OUR CLIMATE

kost nix, aber nicht umsonst.



– BILDET EUCH, BILDET ANDERE –

BILDET KLIMABANDEN

Die Klimabewegung ist im Aufwind, und nein: wir reden hier nicht von der katholischen Kirche, die auf einmal findet, wir sollten uns die Erde doch nicht mehr untertan machen, sondern von vielen Graswurzelinitiativen, die sich in Hinblick auf Paris europaweit verdichten. In Deutschland ist da vor allem die Mobilisierung zu Ende Gelände, die eine neue Quantität von Klimaaktionen in Deutschland darstellt. Und dann sind natürlich alle Augen auf Paris gerichtet, auf die Proteste gegen die UN-Klimaverhandlungen, wo das erste Mal seit Kopenhagen die radikalen Klimabewegungen aus ganz Europa zusammenkommen werden, und sich viele kleine „Neins“ gegen lokale und regionale Projekte der kapitalistischen Zerstörung zu einem großen, und hoffentlich lautem „Nein!“ gegen die Politik der Interessen der Industrieländer (welche es sind, die die Verhandlungen dominieren) verbinden.

Was wird sich durch dieses Zusammenkommen der Klimabewegung manifestieren? Welche inhaltlichen Antagonismen können vermittelt werden? Oder wird die Niederlage der aufkeimenden Graswurzel-Klima-Bewegung am Ende darin bestehen, dass sie es nicht schafft den hegemonialen, binären Diskurs zu durchbrechen, in dem es entweder eine große Einigung für den Klimaschutz innerhalb der COP 21 (Conference of Parties/UN-Klimaverhandlungen in Paris 2015) gibt, oder eine weitere ungebremste und sich beschleunigende Klimazerstörung.

Das heißt dass die Proteste interpretiert werden als Aufforderung an die UN-Klimaverhandlungen, anstatt dass sie eine gesellschaftliche Vermittlung eines möglichen dritten Weges schaffen, eines Klimaschutzes der die Frage der globalen Gerechtigkeit stellt, der anti-autoritär ist, von unten kommt, und die Frage stellt ob die inneren Funktionsweisen des herrschenden Wirtschaftssystems taugen um einen effektiven Klimaschutz zu ermöglichen.

So viel wir das Gespanntsein auf Paris teilen, so wenig glauben wir, dass alleine das internationale Zusammenkommen von Klimabewegung eine Substanz aufbauen kann, wenn diese nicht
Weiter auf Seite 2



Klimagerechtigkeit jetzt!

Interview – COP 21, Wirtschaftsweise, Bewegungsstrategie » Seite 3

Weil ihr unsere Länder zerstört

von Klimawandel, Flucht und Landgrabbing Seite 5

Offene Flanke der Umweltbewegung

von Strompreise, Abklemmungen und Strategien » Seite 6

Humus und Klima

Humusaufbau als nachhaltiger CO₂-Speicher » Seite 8

Termine » Seite 8

Diese Zeitung

gibt es für das Erstarken einer konsequenten Klimabewegung, die wir begleiten, unterstützen und kritisch-solidarisch reflektieren wollen.

Sie ist ein offenes Medium und wird kostenlos verteilt. Wir freuen uns über eingesandte Artikel, Kommentare, Grafiken, sowie weitere Mitstreiter*innen und sind angewiesen auf Spenden.

Per E-Mail eingesandte Übersetzungen der Artikel veröffentlichen wir in der Online-Ausgabe. Kontakt und Impressum » Seite 2

schon da ist. Vielmehr wird dieses Event bloß das sichtbar machen was da ist – oder eben was fehlt. Die Zeit eine substanzielle Klimabewegung aufzubauen, ist daher eher vor Paris, in der Phase der Mobilisierung. Mit Substanz meinen wir das Vorhanden sein, von lokalen Basisgruppen, die bisher noch immer das Rückgrat jeder Graswurzelbewegung darstellten, ein zirkulierender Dialog zwischen den Basisgruppen und darüber hinaus, dementsprechend eine Durchlässigkeit und Erreichbarkeit, durch die eine dynamische Entwicklung von Aktivitäten über den engen Rahmen fester Gruppen, Cliquen und Szenen heraus entstehen.

Die Anti-Atom-Bewegung gewann ihre Stärke als Graswurzelbewegung beispielsweise durch die Existenz vieler, vieler Basisgruppen, die wiederum lokal sehr viele Menschen erreicht haben, auch lokale Aktivitäten entwickelten, aber auch ins Wendland (oder davor zu den Bauplatzbesetzungen) mobilisierten. Lokale und zentrale Aktivitäten stärken sich gegenseitig. Als Plattform der Debatte und Vernetzung von unten diente (und dient) die Bewegungszeitung Anti-Atom-Aktuell. Eine Weiterentwicklung in diese Richtung – als Kommunikations- und Vernetzungsplattform zwischen Basisgruppen – fänden wir auch für dieses Zeitungsprojekt (Our Climate Not Your Business) spannend.

Der entscheidende Zeitpunkt für die Klimabewegung ist also zum einen vor Paris, inwiefern es gelingt eine Substanz aufzubauen, zum anderen aber auch nach Paris, inwiefern es geschafft wird, eine Enttäuschung über das Ergebnis der COP zu transformieren in ein „Jetzt machen wir es selber“.

Um diese Stimmung herüberzubringen, mobilisieren die radikaleren Klimagruppen für das letzte Wochenende der COP und nicht wie die NGOs für das erste. Es braucht aber vor allem auch direkt nach der COP im Dezember und im Januar Aktivitäten die aufzeigen: „Und jetzt sind wir dran“. Dafür braucht es viele Basisgruppen, die schnell und vielfältig Aktionen und Aktivitäten umsetzen können.

Aus diesen Überlegungen heraus schlagen wir folgende Dinge vor: Baut Strukturen auf, im Kontext der Mobilisierung nach Paris und für eine Klimabewegung danach. Ein idealer Ort für die Bildung von Basisgruppen ist das Klimacamp. Plant nicht nur für Paris, sondern auch darüber hinaus. Paris muss der Startschuss für eine internationale emanzipatorische Klima-bewegung werden!

Aus gut informierten Quellen wissen wir, dass schon im Herbst eine Aktionskonferenz für 2016 in Deutschland geplant ist.

think global, act lokal! Klimazerstörung manifestiert sich zwar in Großprojekten wie dem rheinischen Braunkohlerevier, aber auch in genügend lokalen Projekten.

Kohleatlas 2015

Heinrich-Böll-Stiftung und BUND veröffentlichen im Juni den Kohleatlas 2015 mit Antworten auf die folgende Fragen: Woher kommt die Kohle, warum ist sie klimaschädlich, wo liegen ihre größten Reserven, wo wird am meisten gefördert, was ist dran an der Rede von der "billigen Kohle" und wer profitiert am meisten von ihr, wie arbeitet die internationale Kohlelobby, wo stößt sie auf Widerstand, welche falschen Lösungen werden propagiert – und welche echten Alternativen für eine klimafreundliche, sichere Energieversorgung gibt es?



Weiter heißt es im Klapptext: "Mit über 350 Milliarden Euro wurde das Geschäft mit der Kohle hierzulande seit 1950 staatlich subventioniert. Deutschland ist zudem unrühmlicher "Weltmeister" bei der Förderung von Braunkohle. Eine Fläche von mehr als 245.000 Fußballfeldern ist vom Tagebau in Anspruch genommen – und es soll noch weiter gebaggert werden: 188 Ortschaften fielen dem Braunkohletagebau in Deutschland bereits zum Opfer. Weitere 18 sind aktuell akut von den Expansionsplänen der Kohleindustrie bedroht. Der "Kohleatlas" beleuchtet aber nicht nur die ökologischen Schäden, die der Kohlebergbau verursacht. Er zeigt auch die gefährlichen Geschäfte der Kohleindustrie, ihre weltweite Vernetzung und ihre Verstrickung mit den Regierungen. Gefährlich sind diese Geschäfte natürlich für tausende von Bergleuten, die in den Minen arbeiten, wo Arbeitsschutz und Sozialstandards keine Rolle spielen (aus denen deutsche Versorger aber dennoch einen Großteil ihrer Steinkohleimporte beziehen). Gefährlich sind sie zudem, weil sich angesichts der klimapolitischen Notwendigkeiten eine neue Investitionsblase abzeichnet, in der Milliarden von Euro drohen, versenkt zu werden."

Der "Kohleatlas" beleuchtet aber nicht nur die ökologischen Schäden, die der Kohlebergbau verursacht. Er zeigt auch die gefährlichen Geschäfte der Kohleindustrie, ihre weltweite Vernetzung und ihre Verstrickung mit den Regierungen. Gefährlich sind diese Geschäfte natürlich für tausende von Bergleuten, die in den Minen arbeiten, wo Arbeitsschutz und Sozialstandards keine Rolle spielen (aus denen deutsche Versorger aber dennoch einen Großteil ihrer Steinkohleimporte beziehen). Gefährlich sind sie zudem, weil sich angesichts der klimapolitischen Notwendigkeiten eine neue Investitionsblase abzeichnet, in der Milliarden von Euro drohen, versenkt zu werden."

Impressum
V.i.S.d.P.:
WAA c/o. Redaktion o.c.n.y.b.
Kallsgasse 20 / 52355 Düren
E-Mail: o.c.n.y.b@riseup.net

Diese Zeitung erscheint mit einer Auflage von 2.000 Stück.
Für weitere Ausgaben sind wir auf Spenden angewiesen.
Alle Ausgaben sind im Netz unter Creative Commons Lizenz
erhältlich: <https://we.riseup.net/ocnyb>

Konto: Spenden & Aktionen
Kontonummer: 92881806
BLZ: 513 900 00
Bank: Volksbank Mittelhessen
Betreff: Klimazeitung

Klimagerechtigkeit jetzt!

Ein Interview über die COP 21, Wirtschaftsweisen und Bewegungsstrategie (übersetzt von spanisch und englisch ins Deutsche)

Joanna Cabello von der Organisation Carbon Trade Watch empfindet das offizielle Motto des Klimagipfels „Alle zusammen für das Klima“ als Heuchelei. Sie sieht in der Politik des Emissionshandels einen Angriff auf die Lebensgrundlage von Menschen im globalen Süden.

Joanna: Der Emissionshandel ist DAS Aushängeschild der Klimapolitik bei den Verhandlungen auf der Ebene der Vereinigten Nationen und der Regierungen. Es geht im Prinzip darum, die Verschmutzung, also das CO₂, als Ware zu definieren, die zwischen den Verschmutzern gehandelt werden kann. Um mehr Waren zu haben, erlaubt es der Emissionshandel, Projekte im Süden umzusetzen, die in der Theorie Kohlenstoff binden oder reduzieren sollen. Das können Eukalyptusmonokulturen sein, ein Wasserkraftwerk oder die Modernisierung einer Fabrik, damit sie weniger Emissionen ausstößt.

Diese Projekte generieren sogenannte Emissionszertifikate, weil sie angeblich Emissionen reduziert oder absorbiert haben. Das große Problem an dieser Logik ist, dass diese Zertifikate von großen Unternehmen gekauft werden, damit sie weiter verschmutzen können. Das Ergebnis ist, dass keine Reduzierung stattfindet. Die Konzerne können weiterhin verschmutzen, sie expandieren sogar und sie können sich sogar als umweltfreundlich darstellen. Das nennen wir Greenwashing. Die Unternehmen üben damit viel Druck auf große Landstriche im globalen Süden aus. Der Grund dafür ist, dass es plötzlich viel Geld und Anreiz gibt, um Großprojekte umzusetzen - und das, ohne die lokale Bevölkerung auch nur zu befragen.

Bangladesch ist ein Land, das die Konsequenzen des Klimawandels heute bereits zu spüren bekommt. Badrul Alam der Bauern- und Landlosenorganisation Bangladesh Krishok Federation beschreibt uns die aktuellen Herausforderungen.

Badrul: Unser besetztes Land und unsere Ernährungssouveränität ist gefährdet auf Grund von Klimawandel. Das Territorium, welches wir für landlose Menschen im südlichen Bereich von Bangladesh besetzt haben ist starken Einflüssen des Klimawandels ausgesetzt.

2007, 2009 und 2013 mussten sie mit mehreren enorm starken Stürmen umgehen. Tausende Menschen sind gestorben und unsere Bauern verloren ihr Land und ihre Besitztümer. Vielen Menschen mussten fliehen und müssen jetzt mit weiteren und anderen Problemen umgehen. Viele Menschen stehen auf den Dämmen und können nicht in ihre Häuser zurück. Sie sind zu Klimaflüchtlingen geworden, was ein neues Phänomen in unserem Land ist. Als Klimaflüchtlinge haben sie keinen sozialen oder gesetzlichen Schutz. Wir in Bangladesh versuchen das Thema Klimaflüchtlinge mehr in die Öffentlichkeit zu bringen und fordern speziellen Schutz für Klimaflüchtlinge.

2011 und 2014 organisierte die Bewegung Karawanen zum Thema „Klimawandel, Gender und Ernährungssouveränität“, die betroffene Gebiete und Gemeinschaften besuchte.

Badrul: Die Karawane versuchte einen Austausch über ökolandwirtschaftliche Praxis auf Graswurzel-Niveau. Viele interessante Menschen, die Nahrungsmittel produzieren und die zu Umwelt und Ökologie arbeiten trafen sich. Sie tragen nicht zum Klimawandel bei und wir sollten von ihnen lernen. Wir denken, dass wirkliche Lösungen in den Graswurzel-Bewegungen liegen. Wir brauchen die Erfahrungen und das Wissen der Graswurzel-Initiativen. Die Teilnehmer an der offiziellen Konferenz (COPs) haben dieses Wissen nicht. Sie haben keinem Super-Sturm ins Auge geblickt. Es ist ihnen nicht möglich mit realen Situationen umzugehen.

Die junge Britin Nicky Scordellis lebt seit 7 Jahren in Bolivien. Nach einer Anfangszeit in Emissionshandelsprojekten nahm sie Abstand von diesem Lösungsansatz. Heute arbeitet sie im Demokratiezentrum von Cochabamba und arbeitet zusammen mit Graswurzel-Initiativen für eine klimagerechte Welt.

Nicky: Irgendwann wurde mir klar, dass die falschen Lösungen des UNFCCC wirklich falsch waren. Ich fing in Bolivien an für Carbon-Market-Projekte zu arbeiten und glaubte, dass dies eine Lösung für das Problem des Klimawandels wäre. Ich arbeitete für Projekte, die Wälder durch Carbon-Market-Management schützen wollte. Ich ging in die Kommunen vor Ort und redete mit den Bewohnern über diese Pläne. Ich machte viele Erfahrungen wie z.B. ein Gespräch mit einem Kommunen-Chef der sagte: "Wir werden es nicht zulassen, dass die Wälder die unsere Felder vor Überflutungen durch den Fluss schützen abgeholzt werden." So gut wie alle meine Erfahrungen zeigten auf das diese, auf den Markt basierenden Mechanismen um Wälder zu schützen und andere Formen von erneuerbaren Energien im globalen Süden wachsen lassen wollen, nicht funktionieren und nur eine andere Projektion des selben kapitalistischen Systems sind.



Ob gegen den Emissionshandel oder für die Ernährungssouveränität - die Gründe, den Protest für eine klimagerechte Welt auf die Straßen von Paris zu tragen, sind vielfältig. Doch was sind die wichtigsten Herausforderungen der Klimabewegung auf dem Weg dahin?

Joanna: In der europäischen Klimabewegung erkenne ich eine Tendenz, die Klimaverhandlungen für unbedeutend zu erklären. Viele denken, dort wird nichts erreicht. Das stimmt nur bedingt. Ich denke, es wird dort eine Politik beschlossen, die Menschen im globalen Süden sehr hart trifft. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es darum geht, uns dagegen zu stellen.

Dort werden Verträge zum Emissionshandel abgeschlossen, das REDD Programm und andere Maßnahmen vorangetrieben, die die südlichen Länder heftig treffen - nur damit der aktuelle Lebensstil in den industrialisierten Ländern weiter aufrechterhalten bleibt.

Wenn wir die Solidarität radikalisiert wollen – wenn wir wirklich von einer globalen Bewegung reden wollen, dann müssen wir nicht nur darüber nachdenken, wie in Europa bestimmte Projekte wie der Kohleabbau gestoppt werden können. Das ist sicherlich schon der richtige Weg, aber die globale Perspektive ist auch notwendig, gerade weil Europa eine historische Verantwortung bezüglich der Klimaproblematik hat. Die Klimakämpfe müssen sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen und sich gegen diese Systeme, wie etwa den Emissionshandel, stellen.

Nicky Scorellis: Ich glaube, dass die wahre Verbindung zwischen sozialen Bewegungen und Klimawandel die Kämpfe gegen die extraktivistische Industrie ist. Kämpfe die Territorien schützen. Diese Kämpfe drehen sich nicht UM Klimawandel. Menschen reden nicht so sehr über ihre Kämpfe als Kämpfe gegen den Klimawandel sondern beschreiben sie als Kämpfe um Territorium und ihre (oft indigenen) Rechte. Dies sind Schlüsselkonzepte um gegen den Klimawandel vorzugehen.

Menschen die zu der COP kommen versuchen zum Beispiel diese Ideen in den Vordergrund zu bringen und sich darüber auszutauschen.

Ich denke, dass es fundamental wichtig für europäische Bewegungen ist, sich sehr genau anzuhören was aus den südlichen Teil der Welt kommt. Das beinhaltet einerseits an Lösungen zu arbeiten andererseits aber auch eine große Solidarität mit Gruppen aus dem Süden herzustellen.

Es ist eine wichtige Frage. Wie soll Solidarität zum globalen Süden im praktischen Sinne aussehen? Eine Aspekt sind die Einflüsse von Aktivismus im globalen Norden auf den globalen Süden bezüglich des Exportierens von dreckiger Energiewirtschaft. Menschen in Deutschland sagen "Wir schmeißen die Kernenergie, Fracking, Kohle usw. raus." Diese Firmen gehen dann in den globalen Süden

und suchen nach neuen Märkten für ihre Technologien. Wir brauchen den Fokus auf lokalen Aktionen; müssen unseren Blick aber auch globalisieren. Wir müssen uns grenzüberschreitend vernetzen, damit wir eine starke globale Bewegung für gerechte Transformation stärker machen können.

Aber was heißt das nun für die Mobilisierung zum Weltklimagipfel? Geht es da um Klimaschutz oder Klimatheater? Welche Akteure und Mechanismen beeinflussen die UN-Verhandlungen? Kann der COP 21 Gipfel mehr sein als ein kostspielig inszeniertes Großevent? Wir haben unsere 3 Gäste nach ihren Wünschen für die Mobilisierung gefragt:

Badrul: Der Planet ist in Gefahr. Er muss gerettet werden. Um den Planeten zu retten müssen wir den Aspekt des Klimawandels auf eine andere Art besprechen. Daher ist es wichtig, dass es Menschen gibt die die COP in Paris beeinflussen. In Lima wurden viele Dinge schon entschieden. In Paris müssen sie umgesetzt werden. Aber es ist auch wichtig den Protest zu sehen, da viele Menschen mit dem Entscheidungskonzept des UNCCC nicht einverstanden sind. Ich denke, dass eine Mobilisierung zu der COP sehr wichtig ist. Wir müssen gegen die Politik Lärm machen. Wir müssen zeigen, dass die Entscheidungen die auf der COP getroffen werden nicht ohne Protest stattfinden.

Nicky: Ich denke, dass wir nicht versuchen sollten die Verhandlungen zu beeinflussen. Wir sollten uns darauf fokussieren unsere Bewegungen zu stärken, unsere Botschaften in die Öffentlichkeit tragen. Ein parallelen autonomen Raum schaffen in dem wir unsere Vision der Zukunft mit unseren verschiedenen Möglichkeiten des Lebens zeigen können und damit Menschen inspirieren können.

Wir brauchen Prozesse um Bewegungen aufzubauen, unsere Strategien zu teilen, Verbindungen über die ganze Welt zu machen. Kleine Bewegungen, die lokal etwas machen bilden eine globale Bewegung welche das System übernehmen und verändern kann.

Joanna: Ich wünsche mir eine Mobilisierung mit vielen Menschen. Das ist bereits eine große Herausforderung. Aber ich wünsche mir insbesondere ein klares Bewusstsein darüber, warum wir da sind. Wir sehen oft große Demonstrationen mit vielen Menschen, aber nicht alle sind im gleichen Kampf.

Das Klimaproblem ist nicht nur ein Problem der Atmosphäre, der CO₂ Moleküle und der Eisbären. Die Klimagerechtigkeit besteht darin, zu verstehen, dass die Klimakrise die Konsequenz eines Wirtschaftssystems ist. Und es geht darum, gegen dieses System zu kämpfen.

Wenn wir eine Bewegung aufbauen, die das klar vor Augen hat, dann denke ich, können wir einiges erreichen.



Weil ihr unsere Länder zerstört

Noch immer tun sich viele Staaten und Behörden schwer mit dem Begriff Klimaflüchtling. Klimawandel als primärer Grund von Flucht sei nicht eindeutig beweisbar, wohl aber als sekundärer Grund angesehen, wie zum Beispiel als Ursache von Armut. Nur sind diese Flüchtlinge dann eben Armutsflüchtlinge und keine Klimaflüchtlinge. Dabei lässt sich zeigen, dass der Klimawandel wohl eine der häufigsten Ursachen für Flucht ist und noch verstärkt sein wird. Forscher gehen davon aus, dass die Zahl der Flüchtlinge die von Klimawandel als direkte oder indirekte Ursache betroffen sind bis Mitte des Jahrhunderts auf 200 Millionen Menschen ansteigen wird. Viele der folgenden Zahlen und Daten beziehen sich auf den IPCC-Bericht, der von hunderten Wissenschaftlern über mehrere Jahre geschrieben wurde. Es ist davon auszugehen, dass viele Ereignisse, Zahlen und Daten, die in dem Bericht genannt werden weitaus gravierender sein können als angegeben, da es bekannt ist dass in dem IPCC-Bericht Fakten verfälscht werden.

Betrachtet man die Auswirkungen, die der Klimawandel mit sich bringt, eröffnen sich vier Ursachenarten, die Menschen zu Flucht oder Migration treiben:

- Umweltveränderungen, die eindeutig dem Klimawandel zuzuordnen sind (z.B. gestiegener Meeresspiegel oder Extremwetterereignisse)
- Bestehende Umweltprobleme, die durch den Klimawandel verstärkt werden (z.B. Wassermangel)
- Armut und geringe Entwicklung, die durch den Klimawandel verstärkt werden (z.B. schlechte wirtschaftliche Perspektiven)
- bewaffnete Konflikte in Folge von Umweltveränderungen

30 der 50 größten Städte liegen am Meer, knapp zwei Drittel der Menschheit leben nur 100 Kilometer von einer Küste entfernt. Laut dem IPCC-Bericht 2014 würden allein bei einem Meeresspiegelanstieg von 0,5 Meter mit einem weltweiten Landverlust von 0,877 Millionen km² bis zum Jahre 2100 72 Millionen Menschen davon betroffen sein ihr Land nicht mehr bewohnen bzw bewirtschaften zu können.

Bei einem Anstieg von 2 Metern mit einem Landverlust von 1,789 Millionen km² würden 2,4 % der Weltbevölkerung (187 Millionen Menschen) hauptsächlich in Asien von permanenter Vertreibung betroffen sein. Nicht zu vergessen ist das Meeresspiegelanstieg alle Küstenregionen der Erde betrifft. Bis 2030 betrifft es auch 12 Millionen Menschen in 4 Küstenregionen der USA.

Ebenso hat der Klimawandel Auswirkungen auf den Süßwasserkreislauf. In Zentralasien, im südlichen Afrika, rund um das Mittelmeer sowie im Nahen und Mittleren Osten wird die Süßwassermenge immer knapper. Schätzungen gehen von einer Verringerung des sog. Oberflächenablaufs um bis zu 30 Prozent bei einer Erwärmung von 2° C und von bis zu 40 bis 50 Prozent bei 4° C aus.

Länder die jetzt schon direkt von Desertifikation (Verwüstung), steigender Anzahl von Dürreperioden und damit Verlust von Acker-

land betroffen sind sind laut IPCC-Bericht Äthiopien, Mexico, Mali, die westliche Sahara, Kenya, Indien, Kanada, Guatemala, Sahel, Burkina Faso Ecuador und die Mongolei.

Global gesehen könnte bis zum Jahr 2090 der Anteil des Landes, das von mittlerer Dürre betroffen ist von 25 auf 50 Prozent steigen, der Anteil des von extremer Dürre befallenden Landes von 3% auf 30 %. Ein Beispiel macht besonders deutlich wie Klimawandel, Armut und Korruption in staatlichen Institutionen zusammenhängen und sich gegenseitig verstärken.

Mali gilt als eines der wirtschaftlich ärmsten Länder der Welt. Kleinbäuer*innen machen ungefähr 75 % der Gesamtbevölkerung aus und kämpfen seit Jahren gegen Klimawandel und neokolonialistische Investitionsgeschäfte von Konzernen. Klimatisch gesehen liegt Mali an der Sahelzone und ist von Verwüstung von Norden her bedroht. Die meisten Menschen leben im Süden des Landes, dass durch den Fluss Niger und seine zahlreichen Nebenflüsse landwirtschaftlich nutzbar ist. Neben der Vergrößerung der Wüstenflächen ist die Verkürzung der Regenzeit beziehungsweise die Unregelmäßigkeit von Regenfällen ein großes Problem. Viele kleine Gewässer und Seen trocknen während der Trockenzeit völlig aus, was dazu beiträgt das immer mehr Land nicht mehr bewirtschaftet werden kann.

Viele Bauern können ihre Form von Landwirtschaft nicht mehr praktizieren und fliehen in andere afrikanische Länder oder auch nach Europa. Grundsätzlich ist eine Bewässerung möglich, allerdings ist die malische Regierung stark verstrickt in Korruption und Landgrabbing.

Sanamadougou und Sahou sind zwei kleine Dörfer ungefähr 270 Kilometer von der Hauptstadt Mails Bamako entfernt. Dörfer wie Sanamadougou und Sahou betreiben Landwirtschaft auf die traditionelle Art und Weise meistens ohne Maschinen und mit traditionellem Wissen. Sie sind von dem Klimawandel direkt betroffen und sind auch die Dörfer die, von der, sich als gefährlich entwickelnde Ernährungslage des Landes betroffen sind.

Große Banken wie die KFW-Bank aus Deutschland haben Anteile an den großen Entwicklungsbanken wie der BNDA und lassen Kredite für Entwicklungshilfe in das Land fließen. Großkonzerne wie Moulins Modernes du Mali bekommen Kredite von der BNDA und nutzen sie um große, vormals von Kleinbäuer*innen bewirtschaftete Flächen zu Flächen für industrielle Landwirtschaft umzuwandeln. Kleinbauer*innen werden oft mit militärischen Mitteln von ihren Ländern vertrieben oder es wird versucht ihnen das Land zu sehr niedrigen Preisen oder für kleine Geschenken abzukaufen. So haben die Bauern in Sanamadougou und Sahou in den letzten 5 Jahren nahezu alle ihre Flächen verloren.

Tausende Kleinbauern, die vertrieben wurden haben meistens keine Chance irgendwo wieder an Land zu kommen und sind dazu gezwungen in Städte oder in andere Länder und damit meistens in

chronische Armut zu fliehen. Sind die Bauern vertrieben wird das Land bewässert. Der Nigerstaudamm, der in Kolonialzeiten unter Zwangsarbeit gebaut wurde um Frankreich mehr Baumwollanbau möglich machen zu können kann durch ein weit verzweigtes Kanalsystem große Teile der Sahelzone bewässern. Somit ist malisches Land, dass nach der Unabhängigkeit von Frankreich ursprünglich malischen Kleinbauern zugeteilt wurde im Interesse von Großkonzernen stark gestiegen. Das Office du Niger, ein sehr fruchtbares vom Niger gespeistes Binnendelta ist Gegenstand millionenschwerer Investitionen von ausländischen Investoren aus Kanada, Südafrika, China, Großbritannien, Libyen und den USA.

Von den möglichen 960.000 Hektar Land von denen sich 700000 Menschen ernähren könnten werden nur 98.000 bewässert. Auf den Ländereien von ausländischen Investoren wachsen hauptsächlich Exportgetreide und Agrospritzpflanzen. Nicht nur dass damit das steigende Risiko von Hungersnöten noch verstärkt wird trägt die industrielle Landwirtschaft zum Klimawandel und dem Verlust von Ackerboden durch Auslaugung bei.

Doch es gibt wachsenden Widerstand.

Dörfer wie Sanamadougou und Sahou organisieren sich in einer stetig wachsenden Bauernbewegung, die sich bis jetzt zu zwei Versammlungen traf, die im April und November 2014 stattfanden. Mit Unterstützung der Gruppe Afrique-Europe-Interact kam es zu einem Treffen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung um damit zu konfrontieren, was die Kredite, die die Afrikanische Entwicklungsbank (an der Deutschland 4,1 % Anteile hält) der Moulins Moderne du Mali gegeben hat, angerichtet hat. Vom 2. bis zum 4. Juni 2015 fand ein Sit-In von rund tausend Malier*innen vor dem Gewerkschaftshaus in Bamako hat.

Die CMAT (Malische Konvergenz gegen Landraub) organisierte das sogenannte "Dorf der Landlosen", wie das Sit-In genannt wurde um die Anwendung einer 10-Punkte-Forderung durchzusetzen, welche im April 2014 dem damaligen Ministerpräsidenten vorgelegt wurde. "Respektiert die Gewohnheitsrechte, Bodenspekulation stoppen"; "Jahre ohne Haus, ohne Land, genug!"; "Stadt, Land, Umland, alle gegen Ungerechtigkeit"; "Wirkliches Recht, wirkliche Gerechtigkeit, Gleichheit für alle und überall"; "Kein Land kein Leben", das konnte man auf den Plakaten und Schildern der Demonstranten lesen. Der jetzige Ministerpräsident Modibo Keita weigert sich strikt mit der CMAT zusammenzuarbeiten und ließ den Marsch mit dem das Sit-in beenden werden sollte durch Polizei aufhalten.

Quellen

IPCC-Bericht 2014 Kapitel 12 und 13

www.afrique-europe-interact.net

<http://mali-infos.blog.de>



Die offene Flanke der Umweltbewegung

Im Dezember veröffentlichte die Bundesnetzagentur die jüngsten Zahlen zu Stromsperrungen in Deutschland: 344.798 Haushalten wurde im Jahr 2013 der Strom abgeklemmt, sieben Prozent mehr als im Jahr davor. Und das ist nur die traurige Spitze des Eisbergs. Millionen Menschen haben mit Energieschulden, Mahngebühren und Sperrungsdrohungen zu kämpfen. Ursache der um sich greifenden Energiearmut ist – entgegen mancher Vorurteile – nicht ein Mangel an Wissen oder Willen auf Seiten der Betroffenen, Energie zu sparen, sondern es sind steigende Strompreise, stagnierende Hartz-IV-Sätze und allgemein wachsende Armut in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig nahm in den letzten Jahren der Anteil der Kohlekraftwerke am Strommix zu und damit verbunden stiegen die Treibhausgasemissionen in Deutschland insgesamt an. Auch wenn die Kohleverstromung 2014 leicht zurückging und die Emissionen damit erstmals wieder sanken, stellten Stein- und Braunkohle immer noch 44 Prozent der Bruttostromerzeugung. Seit die großen Stromkonzerne die Atomenergie aufgeben müssen, ist die

schmutzige Kohle ihr letztes starkes Standbein. Auch deshalb wurde das Erneuerbare-Energien-Gesetz im letzten August massiv zusammengestutzt und auf die Interessen der großen Player ausgerichtet.

Ein Erfolg der Energielobby

Dass diese zwei Entwicklungen nicht im Zusammenhang diskutiert werden, ist ein Teil des Problems: Die Verteilungsfrage ist die offene Flanke der Umweltbewegung, die es der konventionellen Energiewirtschaft erlaubt hat, über die Kostenfrage die Energiewende zu diskreditieren und der Kohle zumindest zu einem begrenzten Revival zu verhelfen. Dass die Energielobby die steigenden Strompreise so erfolgreich als Konsequenz des EEG verkaufen konnte, hing auch damit zusammen, dass klima- und umweltpolitisch Bewegte keine Antworten auf das Problem der Energiearmut bereithielten.

Und wir werden auch weiteren Angriffen auf die Energiewende nicht trotzen können, solange nicht größere Teile der Bevölkerung in Klimaschutz und Energiepolitik ein eigenes Anliegen erkennen,

das über reinen Öko-Idealismus einerseits und Solaranlagen für Häuslebauer*innen andererseits hinausgeht.

Wirkungsvollster Angriffspunkt: die Preise

Hintergrund der Offensive gegen das EEG ist der sich zuspitzende Systemkonflikt zwischen der konventionellen Energiewirtschaft und der neuen Greentech-Branche. Mit dem beschleunigten Zubau erneuerbarer Energien werden die laufenden Kohle- und Gaskraftwerke zunehmend unwirtschaftlich, Neuinvestitionen lohnen sich kaum noch, die Marktmacht und die prächtigen Renditen der etablierten Player sind in existenzieller Gefahr.

Dabei hat sich die Kohle- und Atomlobby sogar grundsätzlich mit der Energiewende abgefunden. Sie will aber die Erneuerbaren möglichst stark ausbremsen, um ihre alten Dreckschleudern noch so lange wie möglich weiterbetreiben zu können und die grünen Märkte selbst unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ihr Problem ist nur: Eine große Mehrheit der Bevölkerung hält die Stromkonzerne für Abzocker, will möglichst schnell raus aus der Atomenergie, sieht in der Kohle ein Auslaufmodell und setzt ihr Vertrauen in die erneuerbaren Energien. Spätestens nach Fukushima kam diese Einsicht auch in konservativen Milieus an.

Um diese Mehrheiten aufzubrechen und für ihre Interessen zu gewinnen, haben die Industrievertreter*innen in den letzten Jahren immer wieder ähnliche Argumente in der Öffentlichkeit lanciert: Atom- und Kohlekraftwerke seien in Wahrheit die besten Klimaschützer, ohne sie gingen in Deutschland die Lichter aus, die Windräder verschandelten die Landschaft und die Netze kämen dem rasanten Ausbau der Erneuerbaren nicht hinterher.

Kein Angriffspunkt erwies sich aber als so wirkungsvoll wie die Behauptung, durch die Energiewende würden die Stromkosten explodieren und damit nicht nur die privaten Haushalte belasten, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und damit tausende Arbeitsplätze bedrohen. Als Konsequenz wiederholen sie mantraartig ihre Forderungen: Der Ausbau der erneuerbaren Energien müsse stärker gesteuert und begrenzt werden, sie müssten sich endlich dem Markt stellen und das EEG müsse durch ein Quoten- oder Ausschreibungsmodell ersetzt werden. Mit einer offenen Kampagne für Kohle oder Atom würden die Konzerne gnadenlos scheitern. Doch mit einem Angriff auf die Energiewende könnten sie ihr altes Geschäftsmodell retten – so ihre Hoffnung.

Eine erste Offensive im Jahr 2010 konnten Unterstützer*innen der erneuerbaren Energien zwar – auch mit Rückenwind durch Fukushima – verhindern. Kanzlerin Merkel und der damalige Umweltminister Peter Altmaier entschieden sich, die Bundestagswahl 2013 abzuwarten. Doch es gelang den Konzernfreund*innen – allen voran der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft –, öffentlich die Erneuerbaren-Branche als egoistische Kostentreiber zu brandmarken, die Skepsis in der Bevölkerung zu nähren und eine Allianz zur Abwicklung des EEG zu schmieden.

Zahnloser Widerstand der Umweltbewegung

Da kam ihnen 2012 die Erhöhung der EEG-Umlage auf über fünf Cent pro Kilowattstunde gerade recht. Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, wieso die neue Bundesregierung im Frühjahr 2014 trotz angeblicher Energiewende das EEG zusammenstreichen konnte und der Widerstand der Öko-Aktivist*innen so zahnlos blieb. Das verschaffte den Energieriesen eine wichtige Verschnaufpause, um ihr Kohlegeschäft verteidigen zu können.

Was bedeutet das nun für die Umweltbewegung? Zunächst müsste sie allein um der Betroffenen willen das Problem der Energiearmut ernst nehmen, umweltverträgliche, aber auch sozial gerechte Lösungen entwickeln und enger mit Sozialverbänden und Mieter*inneninitiativen zusammenarbeiten. Vor allem muss sie eine plausible Alternative zum Bild der Gegenseite entwerfen, dem gemäß alle Stromverbraucher*innen – vom Großkonzern bis zu ALG-II-Bezieher*innen – gleichermaßen unter den Renditeansprüchen der Erneuerbaren-Branche leiden würden. Industrieprivilegien anzuprangern reicht nicht.

Denn die Industrielobby war mit ihrer Kampagne nur deshalb so erfolgreich, weil Energiearmut tatsächlich für viele Menschen ein alltägliches Problem darstellt. Und weil Teile der Umweltbewegung ignorieren, dass Preissteigerungen eine höchst ungerechte Einsparmaßnahme darstellen, die die Armen am härtesten trifft, obwohl sie ohnehin schon den niedrigsten Verbrauch haben.

Ökologisch oder sozial? Nur beides zusammen geht

Deshalb muss die Klima- und Umweltbewegung praktische Antworten entwickeln, die zeigen, dass soziale und ökologische Gerechtigkeit keine Gegensätze sind. Eine sozial-ökologische Allianz müsste Produktion und Verteilung von Energie als höchst politische Fragen benennen und das Menschenrecht auf Energie in konkrete Forderungen übersetzen. Vor allem müsste sie zusammen mit den Betroffenen eine politische Praxis entwickeln, die ihnen erfahrbare Verbesserungen bringt, um den Angriff auf die Energiewende glaubhaft zurückweisen zu können.

Ernst gemeinter Klimaschutz bedarf einer Transformation, die tief in die Strukturen unserer Gesellschaft eingreift. Eine gesellschaftliche Mehrheit, die diesen Wandel trägt, werden wir nur für uns gewinnen, wenn wir glaubhaft vermitteln können, dass die Gerechtigkeit, die im Wort Klimagerechtigkeit steckt, von den Klimawandelbetroffenen im globalen Süden bis in unsere eigenen Wohnzimmer reicht.

**350.000
STROMAB
KLEMMUNGEN
IM JAHR?
ENDE
GELANDE!**
14.-16.08.15
IM RHEINISCHEN BRAUNKOHLEREVIER (BEI KÖLN)
WWW.ENDE-GELANDE.ORG

Humus und Klima

Das schafft CCS nicht: den Hunger zu stillen. Es stimmt, dass der Atmosphäre CO₂ entzogen werden muss, wenn einer weiteren Aufheizung entgegen gewirkt werden soll, aber warum unter die Erde pumpen, wenn die Natur uns eine bessere Methode zeigt. Seit Millionen Jahren wird Biomasse aufgeschichtet, verdichtet und weiter verdichtet. So entstand Kohle, die heute verheizt wird. Die Atmosphäre hat einen CO₂-Überschuss - was liegt da näher, als mehr Kohlenstoff in Form von Pflanzen zu binden, diese zu kompostieren. Humus besteht zu 58% aus Kohlenstoff. Doch unsere Böden bestehen oft nur zu 4% aus Humus und gelten damit bereits als Wüsten. Der im Mai 2015 neuerschienene "Bodenatlas" zeigt, "wie sehr unsere Bodenressourcen weltweit, aber auch in Österreich und Deutschland, immer mehr unter Bedrängnis geraten. Er nimmt Bezug auf die unterschiedlichsten Faktoren der Landnutzung, die die Böden hier wie in anderen Teilen der Welt – zum Teil unwiederbringlich – zerstören, und beschreibt die Auswirkungen davon auf uns alle."¹ Trockener Boden verliert Biomasse in Form von CO₂ an die Luft, er atmet aus. Es ist, als würde dem Boden jedes Jahr Biomasse entzogen, ohne etwas zurück zu geben. Um diese Abwärtsspirale des Kohlenstoffgehalts umzukehren, sollte groß-flächig Humus ausgebracht bzw. auf dem Feld belassen werden.

Die Agrarwissenschaftlerin Andrea Beste spricht vom "Verheizen" der Böden, wenn es um den Anbau von Energiepflanzen geht, denn damit werde dem Boden auf Dauer Kohlenstoff entzogen². Ein nachhaltiger Anbau kann also nicht darin bestehen, Starkzehrer wie Mais oder Raps anzubauen, im Faulturm CH₄ (Methan) zur Stromerzeugung zu entziehen und den kohlenstoffreduzierten anäroben Gärrest zurück auf den Acker zu kippen, worin sich zudem tödliche Botulismuserreger (clostridien) befinden.

Bodenlebewesen wollen gefüttert werden und Humus ist der beste CO₂-Speicher. Würde unsere von energieintensiven Düngemitteln abhängige Monokulturelandwirtschaft auf Humusaufbau umgestellt werden, d.h. pro Hektar 70t Humus pro Jahr ausgebracht werden, entspräche dies einer Humusanreicherung um etwa 1%/p.a.².

Doch woher so viel Biomasse nehmen? Unsere Äcker sind darauf optimiert, möglichst große Flächen möglichst einfach mit möglichst großen und schweren Maschinen zu bearbeiten. Im Gegensatz dazu wirkt kleinteilige Landwirtschaft mit Hecken als Windfang Winderosion entgegen, bietet Lebensraum für Tiere, liefert Nahrung (Beeren und anderes Obst). Um ein Zuwachsen der Felder zu verhindern, müssen Hecken regelmäßig beschnitten werden, wobei Grünschnitt anfällt. Gehäckselt und zu großen Komposthaufen aufgeschichtet (80m³), bieten diese ein Jahr lang Wärme für ein Wohnhaus und es fällt ausreichend Humus an, um umliegende Beete damit zu versorgen.

Um Kohlenstoff dauerhaft zu speichern, sollte Boden mit Biomasse bedeckt und feucht gehalten werden, so wie es aus der Permakultur als Mulchen bekannt ist. Anstatt Holz und andere Biomasse zu verheizen, wäre sie auf dem Acker besser aufgehoben, um im nächsten Jahr jene Pflanzen zu versorgen. Verkohlte Biomasse ist tot und daher für das Edaphon, die Humusschicht und alle darin enthaltenen Lebewesen, wenig brauchbar³.

Es ist ein großer Schritt für einen Bauern, Investitionen in Richtung Humusaufbau zu unternehmen, doch wenn eine ganze Region beschließt, mit der Verbesserung der Böden CO₂ zu binden, also einen Beitrag für das Klima zu leisten, fällt der Umstieg leichter. Der Film

"Die vergessene Humuschance"⁴ zeigt, dass dies in einigen Regionen Österreichs wie z.B. Kaindorf bereits mit Erfolg praktiziert wird. Biomüll aus dem Städten kommt dort nicht mehr in den Hochofen oder die Kippe, sondern wird zum Anbau von Gemüse genutzt. Messungen ergaben, dass Humusaustrag auf 3,3 ha mit einer Steigerung des Humusanteils um 0,4 % einer Aufnahme von 58 Tonnen CO₂ entspricht⁵. Humus ist daher eine erhebliche CO₂-Senke⁶.

Die (unrealistische?) Zukunftsvision besteht daher eher in wenige Hektar großen Landsitzen, auf denen mit oder ohne Maschinen Permakultur betrieben wird, Bäume beschnitten, die Reste geäckselt, zu Heizkomposten für Behausungen aufgeschichtet und im nächsten Jahr damit die Felder gedüngt werden. Wer mehr wissen will, ist ab 20. August zum Heizkompostbau in der WAA in Dören-Gürzenich eingeladen: waa.blogspot.de.

Quellen

- 1) boell.de/de/tags/bodenatlas 2) gesunde-erde.net/literatur.htm
- 3) vgl. Raoul Heinrich Francé 4) humus-derfilm.at
- 5) oekoregion-kaindorf.at/index.php/co2-bilanz
- 6) kompost.ch/beratung/xfachartikel/Klima.pdf

Termine

18. – 25. August **Beyond Europe**
camp.beyondeurope.net
19. – 24. August **Andante an der Kante**
lebenslaute.net
19. – 24. August **Earth First Gathering**
earthfirstgathering.org
28. August – 2. September **Reclaim the fields international gathering**
reclaimthefields.org.uk
- ab 1. Oktober **Um jeden Meter kämpfen - Anti-Rodungskampagne**
9. – 18. Oktober Skillsharing Camp
20. – 29. November 2015 Aktionswoche
22. – 31. Januar 2016 Aktionswoche
- weitere Infos: hambacherforst.de und waa.blogspot.de
- 30.11 – 11.12 **COP 21 – UN-Klimaverhandlungen in Paris**

